

Pressemitteilung 033 / 2010

20.01.2010

Marcel Braumann, Pressesprecher

Umwelt

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Fax: 0351 - 4960384

Klimaschutzbeirat für Sachsen!

Runge: Warum Sachsen einen Klimaschutzbeirat braucht

Die **energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Monika Runge**, zum Antrag ihrer Fraktion, „Einrichtung eines sachverständigen Klimaschutzbeirates Sachsen auf Landesebene“:

Klimaschutzpolitik sollte nicht zum politischen Spielball verschiedener Fachressorts oder parteipolitischer Interessen in den einzelnen Ministerien werden. Die zur Koordinierung der im Aktionsplan „Klima und Energie“ beschlossenen Maßnahmen gebildete interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) unterliegt m. E. aber Konflikten zwischen dem von der CDU geführten Umweltministerium einerseits und dem von der FDP geführten Wirtschaftsministerium andererseits. Beispielhaft deutet sich das bereits bei der Verhängung des Antragsstopps für Fördermaßnahmen im Rahmen des Programms „Klima und Energie“ an.

Auch das 2009 ins Leben gerufene „Klima-Netzwerk Sachsen“ besteht aus Vertretern von Fachbehörden, Staatsbetrieben, Hochschulen und Forschungsinstituten und damit zur Hälfte aus Vertretern nachgeordneter Behörden des Freistaates. Wir aber wollen mit einem Klimaschutzbeirat analog zum Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung oder zum Beirat für Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz in Brandenburg einen externen und personell von den Ministerien unabhängige Besetzung, die die Verwaltung bei der Umsetzung des Aktionsplanes „Klima und Energie“ kritisch begleitet.

Warum ist ein unabhängiger Beirat nötig? Ein Hintergrundpapier des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den im vergangenen Jahr beschlossenen CO₂-Reduktionszielen und zu den Zielen beim Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2020 in Sachsen zeigt, dass eine unabhängige, öffentliche und kritische Begleitung der staatlichen Vorhaben unverzichtbar ist. Denn der gesamte Anteil der Braunkohlverstromung wird als Sektor, der dem Emissionshandel unterliegt, bei sämtlichen Reduktionsvorhaben von der Staatsregierung vollständig ausgeklammert. Ja sogar der wachsende CO₂-Ausstoß mit Inbetriebnahme von Boxberg IV 2011 um 4,25 Millionen Tonnen jährlich wird einfach ignoriert. Auch beim Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 24% bleibt Sachsen hinter der bundesdeutschen Zielmarke von 30% zurück.

Die Arbeitsweise des „Klimaschutzbeirates Sachsen“ sollte sich an der Arbeitsweise des Beirates für Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz in Brandenburg orientieren, er sollte also auf Konferenzen seine Ergebnisse vorstellen und mit Vertretern der Zivilgesellschaft diskutieren und öffentlich in Gutachten zugänglich machen.